



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 12 21 - 33
Fernschreiber 0 896 890

P/XIV/199 - 4. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Machtkämpfe in der CDU? Auseinandersetzungen hinter den Kulissen	69
3 - 5	Afrikanische Eindrücke Von Ludwig Metzger, MdB	141
6	Wie aus dem Bildertuch Agentenhysterie	36
7	Eine Dokumentation Weises Urteil in Karlsruhe	37

* * *
* * *

Machtkämpfe in der CDU?

sp - In lapidarischer Kürze teilte der offizielle Nachrichtendienst der CDU mit, daß Bundesvorstand und Bundesausschuß der Partei in diesem Monat zusammentreten werden. Über den Zweck der Zusammenkunft schweigt er sich aus. Auch über den Verlauf der am gleichen Tage abgehaltenen Sitzung der Landesvorsitzenden der CDU, an der die stellvertretenden Parteivorsitzenden und andere Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstandes teilnahmen, wird die Öffentlichkeit nicht unterrichtet, obwohl sie an dem Verlauf der Diskussion um die Reorganisationsbestrebungen verständlicherweise ein lebhaftes Interesse zeigt. Nach wie vor spielt sich das innerparteiliche Leben in der CDU im vertraulichen Kreis einer Anzahl von Politikern ab, aus dem nur von Zeit zu Zeit die Mitgliedschaft und die Außenwelt in dosiertem Maße und in filtrierter Form Kenntnis erhalten.

Soviel ist klar, daß die von den norddeutschen Landesverbänden verlangte Einberufung des Bundesausschusses, von Adenauer seinerzeit schon von Juli auf den 14. September verschoben, nunmehr endgültig am 26. September zusammentreten soll. Ihm wird zwei Wochen zuvor eine Sitzung des Bundesvorstandes vorausgehen. Gegenwärtig tagen in Süddeutschland bereits die Landesgeschäftsführer der CDU. Es geht um die Formulierung der Reformvorschläge für die Parteispitze, die nach dem Versagen der Organisation in diesem Sommer von den Landesverbänden gefordert wurde. Mehr noch aber beschäftigt die Parteigremien die sich aus dem bevorstehenden Parteiengesetz ergebende unabdingbare Konsequenz der Demokratisierung der Partei von oben bis unten. Die politische Macht, die heute bei einem Manne und einer kleinen Gruppe liegt, muß den Mitgliedern und ihrem Recht auf demokratische Mehrheitsentscheidung zurückgegeben werden. Pflichten und Rechte aller müssen schriftlich fixiert und für alle im gleichen Maße gelten, demokratische Formen müssen eingeführt werden, sollen die Voraussetzungen für die Tätigkeit einer demokratischen Partei erfüllt sein. So ist eine Redaktionskommission gegenwärtig dabei, eine Geschäfts-, eine Ehrengerichts- und eine Beitragsordnung auszuarbeiten, die von den Parteigremien weiterberaten werden und im kommenden Frühjahr vom nächsten Parteitag verabschiedet werden kann.

Hierüber wird es aber voraussichtlich kaum grundlegende Meinungsverschiedenheiten geben. Man mag sich zwar wundern, wie diese Partei es bis heute überhaupt vermocht hat, den vielfältigen organisatorischen Aufgaben einer Massenpartei - die CDU betonte stets, über 300.000 Mitglieder zu verfügen - ohne eine verbindliche statutenmäßig festgelegte Ordnung nachzukommen. Nunmehr zwingen sie der Selbsterhaltungstrieb und das Gesetz, sich diese Ordnung zu geben. Dabei wird man aber um eine endliche und wirksame Reform der Parteiführung nicht mehr herumkommen. Wenn man bisher auf früheren Parteitag an Symptomen zu kurieren versuchte, an dem Faktum der absoluten Macht des Vorsitzenden aber nichts zu ändern wagte, so wird nun eine Machtverlagerung auf den Bundesvorstand und Bundesausschuß verlangt, deren Einberufung nicht länger allein dem Ermessen des Vorsitzenden überlassen bleiben darf. Daneben wünschen die Landesvorsitzenden, daß die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden vermindert und deren Kompetenzen erheblich verstärkt werden. Auf diese Weise würde die Funktion des Stellvertreters sich von einer bloßen Repräsentationsfigur zu einer Machtposition entwickeln. Unter diesen Umständen fällt ihr im Hinblick auf die Nachfolge Adenauers in Zukunft größte Bedeutung zu.

Von den bisherigen Stellvertretern war dementsprechend bisher niemand bereit, zurückzutreten. Es melden sich vielmehr weitere Anwärter für das Stellvertreteramt, als dessen Favoriten im Augenblick der Fraktionsvorsitzende Dr. Krone und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel gelten.

Der Höhepunkt dieser Auseinandersetzung hinter den Kulissen scheint noch nicht erreicht zu sein. Man wartet offenbar zunächst ab, wie Dr. Adenauer sich verhält, der bereits bremsend in Erscheinung trat, grundsätzlich aber Änderungen in der Parteispitze nicht abgeneigt sein soll.

Auch von den Landesverbänden ist zu dieser Frage noch nicht das letzte Wort gesprochen, wie verschiedene Äußerungen aus letzter Zeit eindeutig zeigen.

+ + +

Afrikanische Eindrücke

Von Ludwig Metzger, MdB

Vor kurzem habe ich in einem Artikel, der sich mit der Reise der 13-köpfigen Sonderkommission des Europäischen Parlaments nach Afrika beschäftigte, über Kamerun berichtet. Heute will ich mich der Betrachtung der vier von uns besuchten Mitgliedsstaaten der "Französischen Gemeinschaft", Gabon, Mittlerer Kongo, Zentralafrikanische Republik und Tschad zuwenden.

Während Kamerun am 1. Januar 1960 völlig unabhängig sein wird, besitzen die vier genannten Staaten nur eine beschränkte Unabhängigkeit. Am 28. September 1958 hatten die unter französischer Verwaltung stehenden Überseegebiete die Möglichkeit, sich für oder gegen die ihnen vorgelegte Verfassung im Wege der Volksabstimmung zu entscheiden. Gegen die Annahme der Verfassung hatte sich nur Guinea ausgesprochen, das damit seine Selbständigkeit erlangt hat. Die vier von uns besuchten Staaten haben für die Verfassung und für die Annahme des Statuts eines Mitgliedsstaates der "Französischen Gemeinschaft" gestimmt. Sie genießen damit Autonomie, verwalten sich selbst und führen durch eine eigene Regierung, die vom Parlament gewählt ist, in demokratischer Weise ihre Geschäfte, abgesehen von den Angelegenheiten, für die die "Französische Gemeinschaft" zuständig ist. Dazu gehören die auswärtige Politik, die Verteidigung, das Geldwesen, die Politik der strategischen Angelegenheiten, die Kontrolle der Justiz, das höhere Bildungswesen, die allgemeine Organisation des auswärtigen und allgemeinen Verkehrs und das Fernmeldewesen. Der Präsident der Französischen Republik ist zugleich der Präsident der Gemeinschaft. Ein Exekutivrat, dessen Vorsitzender der Präsident der Gemeinschaft ist, ist aus den Chefs der Regierungen der Mitgliedsstaaten und je einen besonders beauftragten Minister gebildet. Ein Senat der Gemeinschaft besteht aus Delegierten des Parlaments der Französischen Republik und der Gesetzgebenden Versammlungen der Mitgliedsstaaten, aus deren Mitte sie gewählt werden. Es ist also eine Versammlung der Versammlungen. In jedem Mitgliedsstaat sitzt ein Hochkommissar als persönlicher Vertreter des Präsidenten der Gemeinschaft.

Wichtig ist, daß jeder Mitgliedsstaat die Unabhängigkeit erlangen kann, wenn entweder eine Entscheidung der Französischen Republik ergeht oder seine Gesetzgebende Versammlung sich dazu entschließt und ein Referendum des Mitgliedsstaates den Beschluß bestätigt.

200 Afrikaner - ein Europäer

So wie die Verhältnisse liegen, ist nicht anzunehmen, daß die von uns besuchten Staaten in naher Zukunft von der Möglichkeit, die Selbständigkeit zu erlangen, Gebrauch machen werden. Daran werden sie schon durch ihre wirtschaftliche Situation gehindert. Es handelt sich zwar um flächenmäßig große Gebiete. Sie sind aber außerordentlich dünn bevölkert und wirtschaftlich noch schwach oder noch nicht genügend entwickelt. Das einzige Land, das einen ausgeglichenen Etat hat, ist die Republik Gabon. Sie hat durch Holzausfuhr beträchtliche Einnahmen. In den Wäldern Gabons wächst die Okoumé, die zu Fournierholz verarbeitet wird und sehr begehrt ist. Die anderen Staaten können ihren Haushalt nur dadurch ausgleichen, daß sie von Frankreich erhebliche Zu-

schüsse erhalten. Die Republik Tschad z.B. ist darauf angewiesen, daß Frankreich die Hälfte ihrer Ausgaben trägt.

Die kleinste der vier Republiken, Gabon, ist halb so groß wie Frankreich und hat 400.000 Einwohner, davon 4.400 Europäer. Der größte der vier Staaten, die Republik Tschad, ist mehr als doppelt so groß wie Frankreich, hat 2.570.000 Einwohner, davon 3.750 Europäer. Ihre Einwohnerzahl beträgt aber nur 4.860.000, davon rund 24.000 Europäer. Auf 200 Afrikaner kommt demnach ein Europäer.

Soweit wir das beobachten konnten, ist das Verhältnis zwischen Schwarzen und Weißen gut. In den Ministerien sitzen in hohen Stellungen vielfach noch weiße Beamte, die von der französischen Regierung - wie in Kamerun - zur Verfügung gestellt sind. Es ist offensichtlich, daß man in den Verwaltungen der schwarzen Republiken noch nicht auf die weißen Sachverständigen verzichten kann. Offenbar haben es die weißen Beamten verstanden, sich in die von schwarzen Ministern geleiteten Ministerien gut einzuordnen. In Gabon ist es sogar so, daß von neun Ministern drei Weiße sind. Sie sind bei den allgemeinen Wahlen in das Parlament gewählt worden, haben also auch Stimmen von Schwarzen erhalten und wurden in das Kabinett aufgenommen, obwohl das Parlament überwiegend aus Schwarzen besteht.

Problem: Industrialisierung

Es wird nicht nur darauf ankommen, daß in den Mitgliedsstaaten der "Französischen Gemeinschaft" neue Industrien entwickelt werden, es ist mindestens ebenso wichtig, daß das Handwerk und vor allem die Landwirtschaft gefördert werden. Wenn sich die Bevölkerung vermehrt - und das ist der Fall -, wächst der Nahrungsmittelbedarf, aber es ist auch dringend notwendig, daß die Ausfuhren gesteigert werden. Die Europäer haben auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Weiterentwicklung Beachtliches geleistet. (Das gilt auch für Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi).

Wir hatten Gelegenheit, eine ganze Reihe von landwirtschaftlichen Versuchstationen, Laboratorien und landwirtschaftlichen Versuchsfeldern zu besuchen. Mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und viel Idealismus werden von Europäern Versuche zur Steigerung der Erträge und zur Einführung neuer Pflanzen gemacht. In der Zentralafrikanischen Republik sahen wir z.B. auf einer Versuchstation, daß die Anpflanzung von Pfeffer, der in Afrika nicht heimisch ist, geglückt ist. Bei anderen Produkten wurden bedeutende Ertragssteigerungen erzielt. Auch die Anpflanzung neuer Holzsorten (z.B. Nadelholz) ist mit Erfolg versucht worden. In manchen Gegenden sind diese erfolgreichen Versuche bereits der einheimischen Bevölkerung zugute gekommen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie in den nächsten Jahren erheblich von diesen Bemühungen profitieren wird. Das wird in weiten Kreisen, insbesondere auch von den Chefs der einheimischen Stämme, eingesehen und bewertet. Die Industrialisierung sollte meines Erachtens vor allem in der Weise betrieben werden, daß zunächst die einheimischen Produkte verarbeitet und als Fertigprodukte verwertet oder ausgeführt werden.

Sympathien für Frankreich

Es ist offensichtlich, daß es Frankreich in den von uns besuchten zentralafrikanischen Ländern gelungen ist, in der Bevölkerung Sympathien zu erwerben. Die Frage der Entlohnung der einheimischen Arbeitskräfte, die in den schon mehr industrialisierten Gebieten ein

heikles Problem darstellt, weil zwischen den Bezügen der Weißen und Schwarzen erhebliche Differenzen bestehen, spielt in den mehr landwirtschaftlichen oder weidewirtschaftlichen Gebieten noch keine so entscheidende Rolle. Politisch scheint mir Frankreich in Bezug auf die schwarzen Gebiete keine unglückliche Hand gehabt zu haben. Ich habe schon bemerkt, daß die Mitgliedstaaten der "Französischen Gemeinschaft" ihre eigenen Regierungen - wenn auch mit beschränkter Zuständigkeit - haben und daß sie, wenn sie das wollen, ihre Selbständigkeit fordern können. Allein diese Möglichkeit schafft psychologisch günstige Voraussetzungen. Meines Erachtens kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Entwicklung auch der afrikanischen Staaten zur Souveränität führen wird. Die Mitgliedstaaten der "Französischen Gemeinschaft" können aber die Zeit abwarten, bis die wirtschaftlichen und menschlichen Voraussetzungen für die Bewältigung der Souveränität geschaffen sind.

Der algerische Schatten

Wenn man bei Prüfung der Verhältnisse in den von uns besuchten Staaten zu einem relativ günstigen Urteil kommt, muß man es umso mehr bedauern, daß Frankreich in den nordafrikanischen Gebieten, vor allem in Algerien, eine so wenig glückliche Hand hat und sein Prestige über politisch vernünftige Erwägungen stellt. Sicher sind im schwarzen Afrika viele Fragen leichter lösbar als in Algerien, wenn man bedenkt, daß dort auf 200 Einheimische ein Europäer kommt, während das Verhältnis zwischen Einheimischen und Europäern in Algerien wesentlich anders ist. Aber es heißt doch, sich dem unausweichlichen Zwang der Entwicklung zu widersetzen, wenn man nicht anerkennen will, daß die Völker heute alle mehr oder weniger nach Selbständigkeit drängen und daß ihr Wunsch auf die Dauer nicht vereitelt werden kann. Frankreich könnte nicht nur sich, sondern ganz Europa einen großen Dienst erweisen, wenn es in Nordafrika ähnliche politische Einsichten zeigen würde wie in den Ländern des schwarzen Afrika.

In den zur "Französischen Gemeinschaft" gehörenden Ländern und Gebieten kann es erworbene Sympathien erhalten und verstärken, aber auch verscherzen. Sie sind politisch bedeutsamer, als eine scheinbare Stärke, die zwar ein Prestigebedürfnis befriedigt, aber doch nicht fähig macht, Positionen zu halten, die in der weltpolitischen Entwicklung nicht haltbar sind. Auch die geplanten Atombombenversuche in der Sahara sollten unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden.

Frankreich hat durch kulturelle Leistungen und Maßnahmen des guten Willens Eroberungen gemacht, die es durch eine unglückliche Machtpolitik verlieren könnte.

+ + +

Wie aus dem Bilderbuch

U.B. Seit dem Hauptmann von Köpenick über den "Hohenzollern-Prinzen" Harry Domela bis hin zum falschen Bundeswehr-Chefpsychologen Schneider, der ganzen Kompanien in die jungen deutschen Streitkräfte half, bevor es ihm an den Kragen ging, scheint es in Deutschland geradezu eine Tradition grosser und kleiner politischer Betrüger zu geben, die aus bestimmten Anfälligkeiten ihrer Umgebung Vergnügen und Vorteile zu schlagen trachten.

Ein recht bescheidenes Exemplar dieser Gattung hat am Donnerstagabend für einige Stunden die Öffentlichkeit der Bundesrepublik in Atem gehalten. Im Bifelstädtchen Früm verhaftete die Polizei in einem Kaffeehaus einen Mann, der durch seinen fremdländischen Akzent und seine Redensarten aufgefallen war. Man fand einen eindeutig gefälschten Personalausweis bei ihm, hörte sein Geständnis, er sei sowjetischer Agent und mit fünf weiteren Sowjetoffizieren aus einer MIG 119 abgesprungen, um amerikanische Truppenbewegungen auszuspionieren - und schon ging diese Meldung über alle deutschen Radiostationen. Alle militärischen Abwehrdienste wurden eingeschaltet, eine Grossfahndung mit Hubschraubern begann. Pausenlos klingelte auf der Polizeiwache Früm, die für kurze Zeit ländlicher Vergessenheit entrissen war, das Telefon, und am anderen Ende meldeten sich sogar Rom, Paris, Oslo und Washington.

Diese Geschichte erinnert an die Jagd, die Anfang des ersten Weltkrieges in Deutschland auf einen geheimnisvoll vermuteten Kurier gemacht wurde, der angeblich einen Goldschatz von Frankreich nach Russland zu transportieren hatte. Fast täglich wurde er gefangen, einzelne Dörfer verbarrikadierten sogar ihre Durchfahrtsstrassen. Hinterher wurde darüber aber nicht gelacht, so ernst waren damals die Zeiten. Weiterer stimmen schon die Erkennungsmerkmale deutscher Spione, die französische Schulkinder noch vor kurzer Zeit in ihren Schullesebüchern studieren konnten: "Den Deutschen kannst du an seinem Gamsbarthut und an seinem listigen Gesicht erkennen. Er steht meistens hinter einem Gebüsch und macht sich Notizen in ein kleines Buch." In Früm könnte man jetzt einen ähnlichen Steckbrief für Sowjetagenten herausgeben: "Nach dem Absprung verbrennt er seinen Fallschirm und begibt sich in das nächste Kaffeehaus, wo er radebrechend Unterhaltungen beginnt. Er ist leicht an seinem gefälschten Personalausweis zu erkennen ..." Der kleine Moritz hat doch nicht immer so ganz Unrecht.

+ + +

Eine Dokumentation

Sch. Fast überdeckt vom Theaterdonner monströser Korruptionsprozesse und dem Wirbel vordergründiger Kriminalaffären hat die höchste Gerichtsstanz der Bundesrepublik in Karlsruhe unter dem Aktenzeichen VI ZR 149/59 ein Urteil fixiert, das es wegen seiner Grundgedanken, seiner Tragweite und seiner brennenden Bedeutung im Alltag wert gewesen wäre, vor Mikrofonen und Jupiterlampen verkündet zu werden.

In zwar juristisch verklausulierten, aber doch von warmen Strom menschlicher Erfahrungen und unpathetischer Humanität durchpulsten Sätzen befanden die Bundesrichter für Recht: Geheime Auskünfte über Arbeitnehmer von Chef zu Chef sind unstatthaft. Der Arbeiter oder Angestellte hat das recht, die Beurteilung, die sein ganzes weiteres Schicksal bestimmt, einzusehen, um notfalls dazu Stellung nehmen zu können.

Kag sein, dass das Urteil zumeist offene Türen einrennt, aber man kennt den Alpdruck des anonymen Banns: Du bist, vielleicht im bösen, von deiner alten Firma fortgegangen und suchst eine neue Stellung. Du hast nicht zwei linke Hände, verstehst dein Fach und hast keine silbernen Löffel gestohlen. Aber wie ein Fluch verfolgen dich bei allen Bewerbungen die - bisher vertraulichen - mitunter nicht immer objektiven Beurteilungen des früheren Chefs. Du stehst vor unsichtbaren Wänden, weißt nicht, was die anderen zurückschrecken lässt, und kannst nichts erklären oder richtigstellen. Ein bedauerndes Achselzucken. Im Hintergrund - die geheime Beurteilung.

Die Richter in Karlsruhe haben jetzt das Gespenst des anonymen Zeugnisses verscheucht: Weil sich niemand dem Wohlwollen eines früheren Arbeitgebers zu unterwerfen brauche, dessen Treue- und Fürsorgepflicht zudem noch über das gelöste Arbeitsverhältnis hinausreiche.

Das Urteil bricht konsequent mit einer noch vielerorts wuchernden menschlichen Unart, die in totalitären Staaten in Form von geheimen Stammkarten der Untertan von der Wiege bis zur Bahre wie ein drückender Schatten verfolgt. Und darum ist die Akte VI ZR 149/59 weitaus mehr als ein juristischer Vorgang. Sie ist eine Dokumentation der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenwürde und der noch einmal nachhaltig gesetzlich verbrieften Freiheit.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler